

Aufgrund der anwesenden Gäste aus den Bürgervereinen schlug der Vorsitzende, Abg. Steiner, vor, diesen Tagesordnungspunkt entsprechend der Gliederungsstruktur in der Verwaltungsvorlage zu beraten. Hierüber bestand Einvernehmen.

1. Zukünftige Führung der Buslinien 537 und 541 auf dem Stadtgebiet Königswinter

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya, erläuterte einleitend die bisherige Sachlage zum Busnetz Königswinter (Linien 537/541). In der letzten Sitzung am 08.06.2011 habe der Ausschuss die Verwaltung gebeten, noch einmal das Gespräch mit den Bürgervereinen zu suchen. Am 16.06.2011 habe die Besprechung mit Vertretern der Kreisverwaltung, der RSVG, der Stadt Königswinter und der drei Bürgervereine stattgefunden. Ziel war es, die alternativen Linienführungen der Buslinien 537/541 nochmals zu erörtern. Bei der Alternative a.) würde die heutige Linie 537 (S) komplett über Rauschendorf geführt mit der Folge der Abwanderung von bis zu 350 Fahrgästen von der Linie 541. Die Verwaltung habe deshalb diese Lösung abgelehnt. Die Bürgervereine konnten dies nachvollziehen und bevorzugten deshalb als Kompromiss die Variante b.), bei der nur jede 2. Fahrt der Linie 537 (S) über Rauschendorf und Bockeroth geführt würde. Diese Variante hätte Mehrfahrleistungen und drei unterschiedliche Linienführungen für die Linie 537 (S) zur Folge. Das sei aus der Sicht der Verwaltung keine attraktive ÖPNV-Verbindung. In der Besprechung mit den Bürgervereinen sei ebenfalls noch einmal erläutert worden, dass seit dem „kleinen Fahrplanwechsel“ am 12.06.2011 die Abfahrtszeiten der Linie 537 ab Bonn vorverlegt worden seien, um die Umsteigesituation zu verbessern. Es sei auch von einzelnen Personen bestätigt worden, dass der Anschluss 537/541 jetzt funktioniere. Die Verwaltung plädiere deshalb dafür, die Fahrgastentwicklung und den nun gesicherten Übergang intensiv weiter zu beobachten, die Erfahrungen ein Jahr lang zu sammeln und dann auf der Basis von gesicherten Daten ggf. noch einmal nachzujustieren.

Abg. Kusserow führte aus, auch die Stadt Königswinter habe während der Erarbeitung des Nahverkehrsplans sowohl mit dem Bürger, als auch in den Fraktionen intensiv über dieses Thema diskutiert. Gemessen an dem Vorschlag des Gutachters habe man seinerzeit bei den Bürgern keinen vernünftigen Kompromiss herstellen können. Trotz aller Bedenken habe man sich deshalb einstimmig dazu entschlossen, an den Planungs- und Verkehrsausschuss des Kreistages die Bitte zu richten, die bisherige Linienführung unverändert beizubehalten. Der Planungs- und Verkehrsausschuss habe dieser Bitte nicht entsprochen. Er habe vor einem Jahr sehr deutlich gemacht, dass diese Entscheidung des Ausschusses sicherlich noch für einigen Gesprächsstoff in Königswinter sorgen werde. Nach wie vor gebe es eine hohe Unzufriedenheit in drei Ortslagen mit etwas über 3.000 Einwohnern. Die Bürger kommen mit dem Wegfall der direkten jahrzehntelang bestandenen Verbindung nach Bonn nicht zurecht. Der sehr lange Linienweg von Bonn über Stieldorf nach Oberpleis führe nicht immer zu pünktlichen Anschlüssen, so dass man letztlich zusätzliche Wartezeiten in Kauf nehmen müsse. Der Rat der Stadt Königswinter habe deshalb im März diesen Jahres noch einmal eindringlich auf diese Problematik hingewiesen und einstimmig für jeden Linienweg einen Stundentakt gefordert. Auch dieser Bitte sei bisher nicht entsprochen worden. Letztendlich lebe der ÖPNV von der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Seine Fraktion plädiere deshalb heute dafür, dass der Linienverkehr über die Ortslagen Rauschendorf, Bockeroth, Uthweiler zumindest in Teilen wieder aufgenommen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, gab Herrn Abg. Kusserow bezogen auf die Abstimmung zwischen der Stadt Königswinter und dem Kreis Recht. Für ihn stehe fest, dass es hinsichtlich der Anbindung der drei Ortslagen Verbesserungsbedarf gebe. Das Problem sei nur, dass Verbesserungen in einem Bereich unweigerlich zu negativen Auswirkungen in einem anderen Bereich führen. Insofern könne es hier keine vorschnelle Änderung geben, sondern es müsse

nach einer vernünftigen, langfristigen und konsequenten Lösung für alle gesucht werden, die der Region und den Menschen gerecht werde. Auch wenn heute kein Änderungsbeschluss gefasst werde, bestehe immer noch die Möglichkeit, hier im nächsten Jahr zu handeln.

Abg. Krauß äußerte, die Vorschläge des Gutachters seien seinerzeit fraktionsübergreifend intensiv diskutiert worden. Man habe sich damals schon die Entscheidung nicht leicht gemacht. Die einstimmigen Beschlüsse aus Königswinter seien hier nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern stets umfassend beraten worden. Er machte deutlich, dass sich der Planungs- und Verkehrsausschuss vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Zielvorstellungen einstimmig für die Umsteige-Verbindung ausgesprochen habe, wohl wissend, dass eine solche Umsteige-Verbindung auch Nachteile mit sich bringe. Der Anschluss 537/541 haben entgegen der Annahme zunächst nicht funktioniert, sei aber inzwischen durch die Vorverlegung der Abfahrtszeiten der Linie 537 ab Bonn verbessert worden. Auf die zahlreichen Bürgerbeschwerden habe man zügig reagiert und die Fahrzeiten der Linie 537 vorverlegt, so dass seit einigen Wochen eine funktionierende Anschlussmöglichkeit bestehe. Auch mit den nunmehr erneut schriftlich eingereichten Bürgerbeschwerden habe man sich ausführlich auseinandergesetzt und die heutige außerplanmäßige Sitzung einberufen. Die Verwaltung sei zwischenzeitlich gebeten worden, noch einmal alle Alternativen umfassend zu prüfen. Dies sei auch geschehen. Leider gebe es keine für alle zufrieden stellende Lösung. Deshalb halte seine Fraktion den Vorschlag der Verwaltung (Variante c.) handschriftlich Seite 6 der Vorlage) mit folgender Erweiterung für eine vernünftige Zwischenlösung: Die Verbindung 537/541 soll im Zusammenhang mit der bereits beschlossenen Abstimmung mit der Stadt Bonn zur Liniennetzoptimierung im Raum Hangelar/Beuel-Ost im kommenden Jahr nochmals geprüft werden

Abg. Dr. Kuhlmann bemerkte, die heutige Sondersitzung zeige, dass die Aufstellung eines Nahverkehrsplans ein sehr komplexes Problem sei. Es gehe um eine Optimierung unter Nebenbedingungen, d.h. eine Verbesserung des Verkehrsangebotes für die Bürger unter Berücksichtigung verkehrstechnischer Gesichtspunkte, der Ökologie und der Kosten. Letztere spielen natürlich in Anbetracht der angespannten Haushaltslage eine ganz entscheidende Rolle. Vor diesem Hintergrund sei es klar, dass nicht alle Wünsche der Bürger erfüllt werden könnten. Es wundere ihn schon, dass einige Kommunen einerseits immer wieder kostenträchtige Forderungen zum ÖPNV stellen, andererseits aber über die scheinbar zu hohe Kreisumlage klagen. Er habe zwar Verständnis für den Ärger der Bürger, halte aber dennoch den Vorschlag der Verwaltung für eine gute Lösung, da er die Kostenaspekte berücksichtige. Zu der in der Vorlage beschriebenen Variante b.) habe er noch Fragen. Er erkundigte sich, ob bei den zu erwartenden Mehrkosten von 12.100 € pro Jahr die wegfallenden Kosten der TaxiBusLinie 537 an Wochenenden gegengerechnet worden seien. Zweitens bat er um nähere Ausführungen zu den bei dieser Alternative angesprochenen Nachteilen für die Ortslagen Oelinghoven, Thomasberg und Heisterbacherrott. Drittens wollte er wissen, wie viel Bürger von der Variante b.) profitieren und wie viel Euro pro Fahrgast dies ausmache würde.

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir antwortete, die wegfallenden Kosten für den TaxiBus seien nicht einberechnet worden, weil noch keine Abrechnung vorliege und die Verwaltung noch nicht wisse, wie hoch sich diese Kosten letztendlich darstellen werden. Die schlechtere Bedienung der drei Ortslagen Oelinghoven, Thomasberg und Heisterbacherrott hänge mit der gewünschten Führung der Linie 537 über die Ortslagen Rauschendorf, Bockeroth und Uthweiler zusammen. Da die bei dieser Variante gesplittete schnelle Linie 537 (S) keine Fahrten in den späten Abendstunden habe, müssten dann zwei Fahrten von der „normalen“ Linie 537, die Thomasberg und Heisterbacherrott mitbediene, auf die Relation über Rauschendorf und Bockeroth umgelegt werden, so dass es hier zu Nachteilen komme. Kostenkalkulationen seien sehr schwierig, weil leichte Veränderungen auf der einen oder anderen Seite sofort wieder zu ganz anderen Ergebnissen führen würden. Die einzige bekannte Größe sei der

Umlageschlüssel/Wagenkilometer.

Abg. Kusserow machte Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Abg. Krauß noch einmal deutlich, dass es letztendlich auf die Akzeptanz durch den Bürger ankomme und nicht darauf, ob Beschlüsse einstimmig gefasst worden seien. Aus heutiger Sicht halte er die Variante b.) für einen tragfähigen Kompromiss, obwohl diese nicht alle Wünsche des Ausschusses der Stadt Königswinter berücksichtige. Den Gesprächen mit den Bürgervereinen habe er entnehmen können, dass man mit dieser Variante - trotz aller Schwierigkeiten - gut leben könnte. Diese Lösung könne ebenso in einem Jahr erneut überprüft und ggf. noch einmal modifiziert werden.

Abg. Metz erklärte, die jetzige Situation bedeute eine Verschlechterung zum vorherigen Ergebnis. Anschlussverbindungen bergen bei einem Stundentakt grundsätzlich immer so viel Risiko, dass sie nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Insofern sei es gut, dass dort inzwischen nachgebessert worden sei. Es müsse aber auch berücksichtigt werden, dass man sich hier in einem stark zersiedelten Raum mit vielen kleineren Ortschaften, Weilern und unterschiedlichsten Wegeverbindungen befinde. Im Rahmen einer verantwortlichen Nahverkehrsplanung müsse auch auf Auslastung und Kosten geachtet werden. Nach Auffassung der Fraktionen CDU und DIE GRÜNEN sollte die gesamte Thematik in die Abstimmung/Optimierung der Nahverkehrspläne mit den Städten Bonn und Sankt Augustin einbezogen werden, die ja bereits Gegenstand des Begleitbeschlusses gewesen sei. Jeder andere Lösungsansatz sei nicht nachhaltig. Man brauche eine Gesamtlösung für den Raum, damit man nicht jedes Jahr das Liniennetz ändern müsse.

Abg. Bausch schloss sich den Ausführungen des Abg. Metz an, bestätigte aber auch die Aussage des Abg. Kusserow, dass „Nahverkehrspläne für den Bürger gemacht werden“. Allerdings sei es kein „Wunschkonzert“. Der Ausschuss habe im Rahmen einer Gesamtabwägung alle Belange zu berücksichtigen. Deshalb sei die erweiterte Variante c.), wie sie vom Abg. Krauß vorgetragen worden sei, der richtige Lösungsansatz.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, resümierte abschließend die beiden Beschlussvorschläge (Variante b.) der Verwaltungsvorlage und Variante c.) einschließlich der von den Abg. Krauß und Metz vorgetragenen Erweiterung) und stellte diese zur Abstimmung.

2. Tarifstruktur im Raum Oberkassel

Der Ausschuss nahm die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

3. Fahrtenangebot entlang der Pleistalstraße

Abg. Metz führte aus, die in der Verwaltungsvorlage beschriebene Lösung sei planerisch sinnvoll, müsse aber aufgrund verschiedener Berechnungen aus Kostengründen zurzeit abgelehnt werden. Nach seiner Auffassung sollte aber auch dieser Bereich weiter untersucht werden. Insbesondere müsse die Fahrgastzahlenentwicklung auf der Pleistalstraße weiter beobachtet werden, da hier das Busangebot von fünf auf zwei Busse pro Stunde reduziert worden sei. Sinnvoll sei es, das Fahrtenangebot entlang der Pleistalstraße ebenfalls in die Gesamtbetrachtung des Raums Sankt Augustin mit einzubeziehen.

Abg. Kusserow äußerte, entgegen seiner ursprünglichen Bedenken habe es bisher kaum Kritik am jetzigen Linienvorlauf der Buslinie 535 gegeben. Insofern gebe es in diesem Bereich keinen dringenden Handlungsbedarf. Er könne sich der Auffassung des Abg. Metz anschließen. Das

Busangebot sollte weiter beobachtet und im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Raumes noch einmal überprüft werden.

Abg. Krauß erklärte ebenfalls sein Einverständnis zu dem vorgeschlagenen Verfahren.